



► Kolumne
► Aktuelles aus dem Europäischen Parlament
Seite 1

► Finanzinstitute an die Leine
► Sicherheit muss Vorrang haben
Seite 2

► Wegweiser Europa
► Termine
► Aufgelesen
Seite 4



Evelyne Gebhardt sprach in Toulouse vor über 200 französischen Abgeordneten über Daseinsvorsorge und die Dienstleistungsrichtlinie

Liebe Leserin, lieber Leser,

Nos valeurs ne sont pas cotées en Bourse, nos actions profitent à tous, solidaires, naturellement!

Das fand ich dieser Tage im südfranzösischen Toulouse ein gutes Motto für eine Tagung von Parlamentariern der Assemblée Nationale, des Senats, und des Europäischen Parlaments.

Ja, unsere Werte werden nicht an der Börse gehandelt, unsere Aktien nützen allen. Solidarisch, natürlich. So haben sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa aufgestellt.

Und ich habe in Toulouse viel Beifall bekommen als ich sagte, dass wir so auch stehen bleiben: Auf der Seite der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger, nicht der ungezügelten Freiheit der Märkte.

Wir müssen es aber auch deutlich zeigen, um mehr Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

Es grüßt Sie herzlich

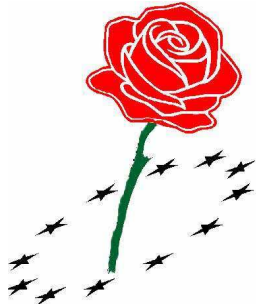
Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Verbraucherschutz nicht gefährden

Mit einer neuen Richtlinie über die Rechte der Verbraucher darf der Verbraucherschutz nicht gefährdet werden. Diese Auffassung vertrat die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt bei der Anhörung von Experten aus Verbraucherschutzverbänden, Industrie und Forschung.

Am Ende des europäischen Gesetzgebungsverfahrens müsse eine Stärkung der Verbraucherrechte stehen, sagte die Verbraucherschutz-Sprecherin der sozialdemokratischen EP-Fraktion.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 10/2009, 15. Oktober 2009

(Fortsetzung von Seite 1)

„Die Absicht der Europäischen Kommission, das Verbraucherrecht zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten ist grundsätzlich zu begrüßen. In einigen Punkten ist auch die angestrebte europaweite Vereinheitlichung sicherlich sinnvoll,“ sagte die SPD-Abgeordnete. Wo es um essentielle Verbraucherrechte gehe, sollten die Mitgliedsstaaten aber weiterhin über das europäische Recht hinausgehen dürfen, forderte Evelyne Gebhardt.

Die Europäische Kommission schlägt in vielen Bereichen, in denen heute Mindeststandards gelten, eine Obergrenze vor. Dabei geht es zum Beispiel um wichtige Verbraucherrechte wie Garantiezeiten, Rücktrittsrechte bei defekten Waren sowie den Widerruf von Bestellungen im Katalog oder im Internet. „Dies sind Themen, die die Menschen unmittelbar betreffen. Hier kann und muss Europa seinen Mehrwert zeigen und darf keine Einschränkung von Verbraucherrechten durch die Hintertür von Obergrenzen zulassen“, unterstrich Evelyne Gebhardt abschließend.

Finanzinstitute müssen an die Leine

„Die Europäische Union muss Vorreiter bei der Verbesserung der Aufsichtsregeln für Finanzinstitute sein.“ Das forderte Udo Bullmann, der wirtschaftspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Frak-

tion im Europäischen Parlament.

Anlässlich der von der Europäischen Kommission vorgestellten Gesetzesvorschläge für eine neue Finanzaufsicht betonte der SPD-Abgeordnete: „Wir Sozialdemokraten sprechen uns klar für eine deutliche Stärkung der europäischen Finanzaufsicht aus. Bei der anstehenden Gesetzgebung werden wir einem durchsetzungsfähigen Aufsichtssystem zum Durchbruch verhelfen und die Pläne der EU-Kommission in diesem Licht prüfen.“

Der neue Aufsichtsrahmen soll nach den Plänen der EU-Kommission auf zwei Säulen ruhen: Ein European Systemic Risk Council (ESRC) genanntes Frühwarnsystem, dem Mitglieder der EZB und der nationalen Aufsichtsorgane angehören, soll rechtzeitig mögliche Kettenreaktionen wie im Fall der Lehman-Pleite voraussehen und verhindern helfen. Gleichzeitig werden die bereits auf europäischer Ebene existierenden beratenden Ausschüsse für Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel zu Aufsichtsagenturen weiterentwickelt und zu einem Europäischen Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervisors, ESFS) zusammengefasst. Die neuen Agenturen sollen über bindende Entscheidungsbefugnis gegenüber den nationalen Aufsehern verfügen.

„Mit diesem wichtigen Schritt müssen wir den G20-Staaten vorangehen. Europa kann auf diese Weise mehr Sicherheit und langfristige Verlässlichkeit ins internationale Finanzsystem

bringen“, betonte der SPD-Wirtschaftsexperte. „Einen neuen Crash können wir uns nicht leisten. Deshalb müssen nationale Egoisten zugunsten eines funktionstüchtigen europäischen Aufsichtssystems überwunden werden.“

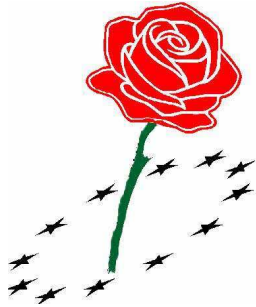
Udo Bullmann betonte die Rolle des Europäischen Parlaments: „Wir müssen darauf achten, dass wir ein gutes Regelwerk im Interesse einer zukunftstauglichen Finanzwirtschaft durchsetzen und nicht heimlich Wettbewerbsnachteile zu Lasten funktionierender Marktsegmente, wie etwa in Deutschland der Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken aufbauen.“

Sicherheit muss Vorrang haben

Die SPD-Europaabgeordnete Jutta Steinruck, Mitglied des Beschäftigungs- und Sozialausschusses im Europäischen Parlament, fordert gleiche Lenk- und Ruhezeiten für alle Berufskraftfahrer. Von Konservativen und Liberalen geforderte Ausnahmen dürfe es nicht geben.

„Es ist für uns Sozialdemokraten untragbar, wenn die Sicherheit von Menschen im Straßenverkehr aufs Spiel gesetzt wird. Vernünftige Arbeits- und Ruhezeitregelungen im gewerblichen Bus- und LKW-Verkehr müssen für alle gelten“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete. Es mache keinen Unterschied, ob ein angestellter oder selbstständiger Kraftfahrer übermüdet am Steuer sitze.

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

Übermüdung von Berufskraftfahrern sei nachweislich eine der häufigsten Unfallursachen.

Deshalb bestehen die Sozialdemokraten darauf, dass von einer Regelung der Arbeitszeiten für Kraftfahrer auch Selbstständige zwingend erfasst werden. Eine klare Unterscheidung zwischen Selbstständigen und Scheinselbstständigen sei oftmals nicht möglich. „Schon heute sind viele Selbstständige beim genauen Hinschauen abhängig beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die sich nicht freiwillig in die Selbstständigkeit begeben haben“, betonte die SPD-Arbeitsmarktexpertin.

„Es ist unsere Pflicht, auf faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen zu achten. Den Konservativen muss bewusst sein, dass ihre bei den Lenkzeiten gezeigte Markthörigkeit Menschenleben auf europäischen Straßen aufs Spiel setzt“, so Jutta Steinruck abschließend.

Kennzeichnung muss klar bleiben

Anlässlich der derzeit laufenden Überarbeitung der Energieeffizienz-Kennzeichnung von Haushaltsgeräten forderte der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange, am bekannten A-bis-G-System festzuhalten und es an die neuen Möglichkeiten anzupassen. „Das berühmte Energieetikett hat sich beim Verbraucher bewährt. Daher müssen wir an dieser Kennzeichnung festhalten,

so dass auch in Zukunft nur die effizientesten Geräte A und damit ein grünes Etikett erhalten“, so der Europaabgeordnete.

Eine klare Absage erteilte Bernd Lange den Versuchen, das Etikett aufzuweichen, indem neue Kategorien wie A+++ , A-20% oder A-40% eingeführt werden sollen. „Das würde dazu führen, dass alle Produkte mit einem grünen A-Etikett versehen wären. Das verwirrt nur den Verbraucher. Man sollte dem Ansinnen der Industrie, andere Klassifizierungen einzuführen, nicht nachgeben. Eine Energieschleuder muss auch weiterhin mit G und rot gekennzeichnet werden.“

Das sei Grundvoraussetzung, sagte Lange, um möglichst viele Verbraucher zum Kauf der effizientesten Geräte zu motivieren: „Das ist gut für den Geldbeutel und gut für das Klima.“

Der Kauf der sparsamsten Produkte könnte Berechnungen zur Folge bis zu 40 Prozent Energie einsparen. Für den SPD-Abgeordneten wäre das ein wichtiger Beitrag, um das EU-Ziel zu erreichen, die Energieeffizienz bis 2020 um 20% zu steigern, und so klimaschädliche Treibhausgas-Emissionen zu vermeiden.

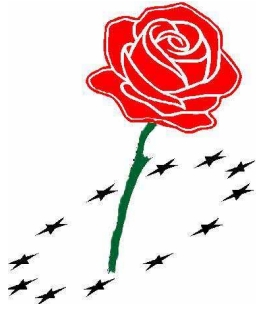
„Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden dafür eintreten, dass diese Position sich in der künftigen EU-Gesetzgebung wiederfindet. In der gesamten EU muss einheitlich Klarheit herrschen, damit die Verbraucher die energieeffizientesten Produkte kaufen“, sagte Bernd Lange abschließend.

Internet nicht nur amerikanisch

Die Vereinbarung über die weltweit zuständige Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und Internet-Adressen ICANN ist ausgelaufen. Für die Zukunft fordert der SPD-Europaabgeordnete Matthias Groote, dass das Internet nicht mehr allein unter amerikanischer Kontrolle steht.

Groote: „Die Chance durch das Auslaufen der Projektvereinbarung muss genutzt werden, um endlich mehr Transparenz, Demokratie und Rechenschaftspflicht in die Vergabe von Internetdomains zu bringen. Es kann nicht angehen, dass ein Ministerium eines einzigen Landes die alleinige Aufsicht über eine Internetfunktion beansprucht, die von Hunderten von Millionen Menschen weltweit genutzt wird.“ Weiter sagte Groote: „Die zukünftige Regulierung der weltweiten Internet-Ressourcen ist nur im Rahmen einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit möglich. Daher unterstütze ich ausdrücklich die Forderungen der EU-Kommission, ICANN nach außen hin zu öffnen und ihre Arbeit unter die Aufsicht eines internationalen Expertengremiums zu stellen, das sich aus Regierungsvertretern aller Welt zusammensetzen sollte.“

Der SPD-Abgeordnete fordert daher eine Grundsatzdebatte über die Zukunft des Internets: „Es wird höchste Zeit, dass wir der Frage nachgehen, wem eigentlich das Internet gehört.“



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 10/2009, 15. Oktober 2009

Wegweiser Europa

Neugestalteter EU-Internetauftritt

Wer mehr über die EU erfahren möchte, klickt das offizielle Portal „Europa.eu“ an. Jetzt ist diese Seite neu und benutzerfreundlicher gestaltet worden. Hier finden sich sowohl Informationen über Institutionen und Rechtsvorschriften der EU, als auch praktische Tipps für den Umzug in ein anderes EU-Land oder die Beantragung von Finanzhilfen sowie Angaben darüber, wer von Maßnahmen der EU profitiert.

Terminhinweise

15.– 16. Oktober

Gewerkschaftstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC)
Wo? Rom

19.– 22. Oktober

Plenarsitzungswoche des Europäischen Parlaments
Wo? Straßburg

20. Oktober

Besuchergruppe von Kommunalpolitikerinnen und –politikern der SPD Calw
Wo? Straßburg

21. Oktober

Besuchergruppe Wirtschaftsgymnasium Esslingen
Wo? Straßburg

21. Oktober

Besuchergruppe Kommunalpolitikerinnen und –politiker aus Sindelfingen
Wo? Straßburg

21. Oktober

Besuchergruppe Europa-Union Karlsruhe
Wo? Straßburg

22. Oktober

Besuchergruppe der Stadtverwaltung Mannheim
Wo? Straßburg

7. November

Deutsch-französische Kulturgespräche
Wo? Uni Freiburg

7. November

ASF Landesdelegiertenkonferenz
Wo? Mannheim

9. November

Verleihung Europäischer Bürgerpreis
Wo? Berlin

10. November

Parlamentarischer Abend des DGB
Wo? Brüssel

11.– 12. November

Plenarsitzung
Wo? Brüssel

12. November

Besuchergruppe Wirtschaftsgymnasium Leonberg
Wo? Brüssel

13.– 15. November

Bundesparteitag der SPD
Wo? Dresden

18. November

Konferenz „europäischer Berufsausweis“
Wo? Brüssel

19. November

Konferenz: Women in politics in Europe: reaching for parity
Wo? Brüssel

Aufgelesen

„Wenn du Minister bist, musst du immer die Krawatte anbehalten,“ sagte der französische Präsident Sarkozy zu seinem Innenminister Hortefeux, nachdem sich dieser in einem Interview daneben benommen hatte.

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 - 5 91 22
Fax: 0 79 40 - 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 - 22 84 - 74 66
Fax: 00 32 - 22 84 - 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe von Europa Aktuell erscheint am 19. November.